Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 114. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 19. Mai 1931. | 13. Jahrgang.

Kein Mensch ist unersetzbar,
Wie hoch man ihn auch stellt,
Doch jeder uns unschätzbar,
Der so für uns gelebt,
Daß, wird er uns entrissen,
Wir schmerzlich ihn vermissen.

Fr. v. Bodenstedt.

Gegensätze zwischen Stadt und Land.

Die letzten Entscheidungen des Reichskabinetts über die von der Landwirtschaft geforderten Zollsätze, insbesondere auf landwirtschaftliche Edelprodukte, haben in landwirtschaftlichen Kreisen eine große Enttäuschung hervorgerufen. Aus der landwirtschaftlichen Presse, sowie aus Protestkundgebungen einzelner Landbünde geht hervor, daß die Kabinettsbeschlüsse nur als halbe Maßnahmen bewertet werden. Auch der Deutsche Landwirtschaftsrat hat sich vor einigen Tagen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und dem Reichsernährungsminister Dr. Schiele für das bisher Erreichte Dank und Anerkennung ausgesprochen. Zugleich wurde aber auch unter starker Betonung der immer noch steigenden Notlage zum Ausdruck gebracht, daß die Erhöhung des Butterzolles eine unerläßliche Forderung der Landwirtschaft bleibe, um die weitergekämpft werden müsse.

Doch hiervon soll in diesem Artikel nicht geredet werden. Die tagelangen Kämpfe im Kabinett haben gezeigt, daß sich zwei Richtungen gegenüberstanden, für die Zollforderungen unter Führung von Dr. Schiele, gegen dieselben unter Führung von Dr. Stegerwald. Selbst wenn wir Dr. Stegerwald unterstellen, im Interesse der Verbraucherkreise in ehrlicher Ueberzeugung seine Ansichten vertreten zu haben, so kann man doch unter Würdigung dessen, was die geheimnisvollen Kulissen an spärlichen Nachrichten durchlassen, sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ein gewisser Druck aus Verbraucherkreisen, der sich unter Führung der Sozialdemokratie bemerkbar machte, nicht ohne Erfolg geblieben ist, und Dr. Schiele seine Aufgabe sehr erschwert hat. Die Lage spitzte sich zeitweilig derartig zu, daß bei der Opposition die Hoffnung keimte, bei dieser Gelegenheit könne das Kabinett Brüning zur Strecke gebracht werden. Es soll hier in diesem Zusammenhang nicht untersucht werden, ob unter Berücksichtigung unserer Gesamtlage, das ein Vor- oder Nachteil gewesen wäre, oder ob das Wort des verehrten Herrn von Oldenburg-Januschau berechtigt ist: „Nach Bismarck der Beste." Was wir bedauern, ist die Tatsache, daß die Frage, ob man der Landwirtschaft die notwendige Kraft zum Leben geben soll, immer wieder auf scharfe Gegensätze stößt, die man vom Standpunkt der Zusammenfassung aller produktiven Kräfte in Stadt und Land aufs tiefste beklagen muß. Diese Gegensätze bestehen, seit aus dem Agrarstaat überwiegend ein Industriestaat wurde.

Diesen Gegensätzen liegen verschiedene Ursachen zugrunde, von denen einige hier erörtert werden sollen. Der Bauer ist im allgemeinen bei der städtischen Bevölkerung nicht allzusehr beliebt. Das ist psychologisch verständlich, da sich hier zwei völlig verschiedene Bevölkerungsschichten gegenüberstehen. Der bodenständige Bauer, Besitzer seines Hofes, lebt in engster Verbundenheit mit der Natur. Sein Beruf ist schwer und sorgenvoll. Wenn der Städter, von Ausnahmen abgesehen, noch im tiefsten Schlummer liegt, ist der Landmann schon fleißig am Schaffen, ohne zu wissen, ob seiner harten Arbeit auch der verdiente Lohn zuteil wird. In dieser Sorge lebt der Bauer von der Bestellzeit bis zur Ernte, immer in der Furcht lebend, daß große Dürre oder zu viel Regen, Sturm oder Hagelschlag ihn um den Erfolg seiner Arbeit bringt. Auch weiß der Landwirt niemals, wenn er eine gute Ernte eingebracht hat, ob nicht durch falsche Wirtschaftspolitik, oder wegen Ueberproduktion auf dem Weltmarkt eine ungünstige Preisentwicklung ihm nicht doch noch alle Freude an seiner Arbeit verleidet, besonders, wenn er seiner geringen Einnahmen wegen seine eigenen Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Alles das macht den Bauer hart gegen sich und vielleicht auch gegen andere. Mißtrauen gegen seine Mitmenschen begleitet ihn auf seinen Wegen.

Grundverschieden steht dem Denken und Fühlen des Bauern die Stadtbevölkerung gegenüber. Gewiß ist auch diese nicht von lauter Sonnenschein umgeben. Sorgen, Nöte und Entbehrungen gibt es auch hier. Aber dennoch! Der Städter, bei seiner weniger tiefgründigen Lebens- und Schaffensart, geht leichteren Herzens seiner Arbeit nach, die in ihrer Auswirkung sich nicht, wie beim Bauern, auf ein ganzes Jahr erstreckt, sondern bei der Mehrzahl vom Morgen bis zum Abend. Der Feierabend zeigt den Tageserfolg an. Die Arbeit, die nach Stunden abgezirkelt ist, packt und faßt demgemäß den, der sie leistet, nur für die Spanne eines Tages, um am nächsten Morgen von neuem zu beginnen. Nach Feierabend aber bietet die Stadt Erholungs- und Zerstreuungsmöglichkeiten, die, wenn auch begrenzt, die Sorgen des Tages verscheuchen. In diesen Wesensunterschieden zwischen Stadt- und Landbevölkerung sind die Anfänge der Gegensätze zu suchen, die nunmehr durch andere Mittel vertieft und verschärft werden.

Man berührt wohl die Kernfrage, wenn man behauptet, daß die marxistischen Parteien mit ihrem Anhang zwar vorgeben, im Interesse der Arbeitnehmer für billige Lebensmittel kämpfen zu müssen und aus diesem Grunde den Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft als „Urheberin und Nutznießerin jeglicher Verteuerung" sich hindernd in den Weg stellen. Dieser Vorwand ist nur Mittel zum Zweck, indem man damit das billige aber zündende Schlagwort vom Brotwucher in die Masse schleudern kann. In Wirklichkeit will man die Landbevölkerung aus politischen Gründen treffen. Man weiß, daß die Nutznießer der Revolution kein schöneres Ziel kennen und kein höheres Verlangen haben, als die in einer Zeit geistiger Verwirrung errungene Macht ewig zu verankern. Zu diesem Zwecke diente schon vor dem Kriege die gegnerische Einstellung zur Landwirtschaft und nach dem Kriege haben die sozialdemokratischen Regierungen an der Vollendung ihres alten Zieles mit einer systematischen Ausdauer gearbeitet, die einer besseren Sache wert gewesen wäre. Erinnern wir uns an die zweierlei Behandlung von Industrie und Landwirtschaft. Jene wurde bald nach dem Kriege durch Zölle und auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossene Handelsverträge geschützt. Bei der Letzteren jedoch wurde erst im Jahre 1926 ein schwacher Versuch unternommen. Zwischendurch aber wurde die Erdrosselungsarbeit fortgesetzt durch Schaffung von in dieser Lage nicht zu ertragenden Steuern. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß bei allen diesen Kämpfen die Industrie, trotz der schönen Reden auf ihren Generalversammlungen, der Landwirtschaft in der praktischen Auswirkung nicht die Unterstützung zuteil werden ließ, die man wohl hätte erwarten können. Man konnte also ungehindert arbeiten und langsam, aber sicher, die Landwirtschaft dahin bringen, wo sie heute steht, nämlich am Abgrund. Warum das? Weil die landwirtschaftliche Bevölkerung, im Grunde ihres Wesens konservativ eingestellt, einmal aufgerüttelt, die Macht an sich reißen und dem heutigen System ein Ende bereiten könnte. Das wissen die Marxisten sehr genau; auch ist ihnen nicht unbekannt, daß Aehnliches vom internationalen Kapital nicht zu befürchten ist. Im Gegensatz zum bodenständigen Bauerntum ist jenes beweglich und über die nationalen Grenzen hinweg dort zu Hause, wo der Mammon vermehrt werden kann. Ja, innerhalb unseres Vaterlandes gab es sogar eine Zeit, in der führende Industrielle mit dem Gedanken liebäugelten, gemeinsam mit der Sozialdemokratie und einer kleinen dekorativen Ergänzung aus dem christlich-nationalen Arbeitnehmerlager Deutschland zu regieren. Darüber braucht man nicht einmal zu staunen, da in diesen erwähnten Richtungen, wenn es sich um den Kampf für oder wider die Landwirtschaft handelt, wenn auch aus verschiedenen Motiven, bedenkliche Berührungspunkte vorhanden sind.

Wenn bei den Linksparteien vorwiegend politische, und in Industriekreisen wirtschaftspolitische Gründe maßgebend sind, die vielfach die eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, dann beruht bei dem größten Teil der städtischen Verbraucher die Abneigung gegen die Landwirte auf der Vorstellung, daß die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse, d. h. die Erschwerung der Lebenshaltung infolge hoher Lebensmittelpreise einzig und allein auf den „habgierigen Landwirt" zurückzuführen seien. Vor einigen Tagen brachte die Deutsche Tageszeitung das Beispiel mit den Saatkartoffeln, die pro Zentner 14 Mark kosteten. Natürlich ist der Bauer der Schuldige. Steigen die Kartoffeln in der Markthalle das Pfund um einen halben Pfennig, dann sagt der Händler: „Ja, der Bauer kann seinen „Rachen nicht voll" bekommen." Die betagte Frau, die diese Antwort erhielt, ging mit einer harten Bemerkung über den „verfluchten" Landwirt weg. Dem Händler gegenüber blieb der Schreiber dieses Artikels die gebührende Antwort nicht schuldig. So geht es aber auf der ganzen Linie, wodurch die verhängnisvollen Gegensätze geschaffen werden, die wir heute zu beklagen haben und durch die die gesetzgebenden Körperschaften sich leider zum Nachteil der Landwirtschaft beeinflussen lassen. Wenn Händler und Geschäftsleute die Schuld von sich abzuwälzen suchen, dann ist das, wenn auch nicht entschuldbar, aber doch halbwegs zu verstehen. Wenn aber Kreise, die es besser wissen können, auch zur Aufpeitschung der Verbraucherkreise beitragen, dann ist das unverantwortlich. Was kann man in dieser Beziehung erleben! Als kürzlich in Berlin der Brotpreis um 2 Pfennig erhöht wurde, konnte man nicht nur im „Vorwärts", sondern in einer zur Rechtsopposition gehörenden Zeitung darüber eine Auslassung lesen, die den „Mosse"- und „Ullstein"blättern alle Ehre gemacht hätte. Dieselbe Zeitung kann aber nicht oft genug betonen, wie ihr das Wohl der Landwirtschaft am Herzen liegt. Warum also diese Aufbauschung? Warum? Weil man glaubte, bei dieser Gelegenheit wieder einen Mißerfolg des Reichsernährungsministers Schiele konstruieren zu können. Diesen Kreisen ist Politik alles und die Sicherstellung der Landwirtschaft nichts, auch dann nicht, wenn noch so oft mit den schönsten Worten das Gegenteil gesagt wird.

Und dennoch! Sollen die teils auf Unkenntnis, teils auf Verhetzung beruhenden Gegensätze, insbesondere gegen die Landwirtschaft, verschwinden, dann muß mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Wenn auch von den verbohrten Politikern in dieser Beziehung nichts zu erwarten ist, so muß doch jedes Mittel benutzt werden, um den Glauben an die nationale und wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft wieder Gemeingut im deutschen Volk werden zu lassen. Den Gesetzgebern aber sei gesagt, daß nicht Volksgunst uns wieder aufwärts führen kann, sondern nur die Stärkung der Berufsstände, die durch Jahrhunderte Träger und Erhalter deutscher Volkskraft gewesen sind.

W. W.

Zentrum und Volksbegehren.

Von Stratiotes.

Wie ein frischer Frühlingswind ist das Volksbegehren des „Stahlhelms" in die dumpfe Stickluft der amtlichen und parteilichen Politik hereingefegt, und man kann es schon verstehen, wenn nun post festum die preußische Regierungspresse alle Hebel in Bewegung setzt, um den klaren Erfolg zu verkleinern. Man stellt einfach fest, daß die überwiegende Mehrheit sich nicht eingetragen hat und zieht daraus den allerdings etwas gewagten Schluß, daß sie sich damit also für die gegenwärtige Staatsregierung erklärt habe.

Ein englischer Abgeordneter hat dazu kürzlich in Berlin eine aufschlußreiche Aeußerung getan. Er erklärte, daß in England bei einem solchen Eintragungsverfahren eine Partei oder Richtung niemals so viele Stimmen hätte aufbringen können. — Alle Veranstalter von Volksbegehren wissen, daß es etwas anderes ist, den einzelnen zu erfassen und zu bewegen, sich innerhalb von 14 Tagen in eine Liste öffentlich einzutragen, als durch gesteigerte Agitation die Massen an die Wahlurne zu bringen. Nein, das Volksbegehren ist klar gewonnen, da hilft keine Verdunkelung mehr drum herum. Was anderes ist es aber um die Frage: Was nun?

Wenn man einmal die Eintragungszahlen zum Volksbegehren kritisch durchliest, so kann man eine Reihe von auffallenden Beobachtungen machen: Da ist zunächst der starke Unterschied gegen das Youngplanbegehren, der auf eine starke Zunahme der nationalen Bewegung schließen läßt. Trotz viel schwererer Bedingungen (20 Prozent) ist diesmal ein bedeutend größerer Ueberschuß erzielt worden.

Eine weniger erfreuliche Tatsache ist die, daß die großen Städte hier im Westen weithin versagt haben. — Geht man aber von der Erwägung aus, daß das Volk, die deutsche Volksgemeinschaft, heute nicht mehr in den Massen der Großstädte in reiner Gestalt zu finden ist, dann muß man wohl anerkennen, daß nach diesem „Begehren" das eigentliche „Volk" sich deutlich gegen die „Massen" abzusetzen begonnen hat. Wägt man die Stimmen und zählt sie nicht nur, dann erhält die Seite der „Begehrenden" durch ihr stärkeres volkhaftes Gewicht eine erhöhte Bedeutung.

Das wichtigste und erfreulichste Ergebnis der Stahlhelmaktion aber ist der Umschwung im Zentrumslager. Die guten nationalen Kräfte des katholischen Volksteils haben diesmal aus sich heraus ein deutliches Bekenntnis der Abkehr von der bisherigen Politik ihrer Partei abgelegt. — Es steht unbestritten fest, daß Wähler, eingeschriebene Mitglieder und sogar Führer, sich in erheblichem Umfange eingetragen haben. Darüber hinaus ist es gelungen, in rein katholischen Gebieten, die bisher als ausgesprochene Zentrumshochburgen galten, Eintragungsziffern bis zu 50 und 60 Prozent in ganzen Krei-

sen, und über 70 Prozent in einzelnen Orten zu erzielen. Zur rechten Bewertung dieser Zahlen muß aber noch gesagt werden: Hinter jedem Wähler, der den Mut hat, gegen die leidenschaftliche Propaganda der Zentrumspresse und ihrer Anhänger, sich mit seinem Namen öffentlich einzutragen, stehen 5 bis 10 andere, die genau so denken, aber aus leicht begreiflichen Gründen, zumal in den kleineren Orten, den Mut hierzu noch nicht aufbringen. Man muß also auch schon niedrige Eintragungsziffern als deren Vielfaches bewerten.

Diese Tatsache ist natürlich den Führern der Zentrumspartei eine harte Nuß. Sie ist ihnen um so härter, als ja der „Stahlhelm", als Veranstalter des Begehrens, die oben erwähnten Tatsachen jederzeit aus seiner genauesten Kenntnis der Listen belegen kann. Daß bei dieser Sachlage die Erklärung des Zentr.-Führers Heß, die Angaben des „Stahlhelms" seien als Schwindel zu bezeichnen, einen außerordentlich relativen Wert bekommen, dürfte selbst den Unentwegtesten vom Zentrum einleuchten.

Das Zentrum kann den Kampf in der Front mit dem Marxismus und Kulturbolschewismus, in der ihm schon jetzt Zehntausende von Arbeitern, Bauern und Bürgern offen die Gefolgschaft aufsagen, nicht noch monatelang führen. Zumal es damit rechnen muß, daß es als konfessionell begrenzte Partei nicht so einfach wie andere Parteien beim Verlust eines Wählerkreises auf Nachwuchs aus anderen Kreisen rechnen kann. Diese Einsicht beginnt sich nunmehr offen durchzusetzen. Ein Artikel des „Mayener Tageblattes", also einer Zeitung, die in dem besonders umstrittenen und weithin bis 60 Prozent eingetragenen katholischen Kreis Mayen den Kampf besonders scharf gegen das Volksbegehren geführt hat, schließt seine Ausführungen über den „Bruderkampf" in Nr. 92 vom 22. 4. mit folgendem Absatz:

> „Der Kampf ist gottlob zu Ende, bis zum Volksentscheid wird es noch eine Weile dauern. Wird man auch in der Zwischenzeit, verbissen in den Erfolg, weiterkämpfen oder wäre nicht der Vorschlag am Platze, jetzt vom Bruderkampf abzulassen und dafür gemeinsam mit allen national und christlich Gesinnten den Ansturm des Bolschewismus abzuwehren?"

Hierauf kann die Front national und volkhaft denkender Deutscher, im Volksbegehren endlich einmal vereint, nur das Eine antworten: Da der Kampf vom Zentrum angefangen ist, kann er auch nur von da aus eingestellt werden. Am einfachsten gewiß dadurch, daß das Zentrum den bisherigen Widerstand gegen die schon so lange notwendige Befragung des Volkswillens aufgibt. Das nationale Preußen-Deutschland ergreift gegenüber dem internationalen Kulturbolschewismus jede Bruderhand mit Dank. Es muß nur durch die Tat, in diesem Falle durch die Freigabe der Landtagswahl, der Ernst der Absicht auch erwiesen sein. Jeder weiß: Das Zentrum braucht nur zu wollen, und wir haben morgen die Preußenwahl.

Schacht über das marxistische System.

Das 13. Kapitel seines Buches „Das Ende der Reparationen".

Schacht redet vom marxistischen „System" unter Anführungszeichen! Er erkennt es überhaupt nicht als System an. Seine Hauptvorwürfe gehen gegen 1. die Sozialisierung bezw. Kommunalisierung; 2. die Sozialversicherung; 3. das Tarifvertragswesen und 4. die Ueberbesteuerung.

1. Das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 gab dem Reich die Befugnis, solche wirtschaftlichen Unternehmungen, die sich für eine Vergesellschaftung eignen, gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. An den verstaatlichten und kommunalisierten Betrieben (Licht, Kraft, Gas, Wasser, Straßenbahnen usw.) kritisiert Schacht ihre Benutzung als zusätzliche Besteuerungsmöglichkeit („Die teuren Tarife, die auf allen diesen Gebieten herrschen, stellen eine schwere Belastung der Privatindustrie und des gewöhnlichen Konsumenten dar" S. 178.), ihre Steuerfreiheit, wo sie mit privaten Betrieben konkurrieren und den Mangel einer öffentlichen Bilanzaufstellung. Letzteres erscheint mir so wichtig, daß ich wörtlich abdrucken möchte, was Schacht auf Seite 179 darüber sagt:

> „Eine öffentliche Bilanzaufstellung nach kaufmännischen Grundsätzen ist den Staats- und Kommunalbetrieben nicht vorgeschrieben. Ihre Gewinn- und Verlustrechnung entzieht sich deshalb einer ausreichenden Kontrolle. Für ihre eigenen Zwecke bedürfen sie einer solchen offenbar nicht, da ihre Kreditfähigkeit nicht auf ausreichender Rentabilität und guter Geschäftsführung beruht, sondern ausreichend durch die Steuerkraft der Bürger gestützt wird, die für die Ausgaben der Kommunen und Länder aufzukommen haben. Während jedes Privatunternehmen die Folgen eines geschäftlichen Irrtums selbst zu tragen hat, können die Unternehmungen von Staat und Kommunen bei Fehlschlägen, ja selbst bei völliger Unrentabilität, den Betrieb ruhig fortführen, da sie die allgemeinen Steuermittel für die Weiterführung des Unternehmens in Anspruch nehmen können."

2. Deutschland hat im vorigen Jahrhundert als erstes Land der Welt ein System sozialer Versicherung für die minderbemittelten Schichten eingeführt. Dieses wurde in der Nachkriegszeit sklavisch erweitert, indem die Beitragsschraube zwecks Erhöhung und Erweiterung der Leistungen immer mehr angezogen und schließlich überdreht wurde. Der Gesamtaufwand für die Sozialversicherung betrug 1913 wenig über eine Milliarde Mark, heute etwa 8 Milliarden Mark! „Annähernd 20 Prozent aller versicherten Löhne wandern heute in das Sozialversicherungssystem hinein" (S. 180). Zahlreiche Mißbräuche in allen Versicherungszweigen sind heute die Folge. Auf S. 184 erwähnt Schacht ein eklatantes Beispiel. „Nachdem mit dem 1. Januar 1928 die obligatorische Krankenversicherung auf Seeleute ausgedehnt war, konnte die Hamburg-Südamerika-Linie in ihrem Jahresbericht feststellen, daß die Krankheitsfälle unter ihren Angestellten sich sofort gegenüber dem Durchschnitt der Vorjahre auf das Sechseinhalbfache erhöht hätten." Außerdem wird der Wille zum Sparen geschwächt.

3. Das Tarifvertragswesen hatte in Deutschland vor dem Kriege eine gewisse Stabilität in vorher heftig umkämpfte Löhne hineingebracht. Es beschränkte sich auf grundlegende und in ihrer Struktur gleichförmige Gewerbe. Ende 1914 waren etwa 2 Millionen Arbeiter durch Tarifverträge erfaßt. Heute sind es 12 Millionen. „Dabei sind diese Verträge jetzt nicht mehr freie Vereinbarungen zwischen Abeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sondern der Staat greift durch das sogenannte Schlichtungswesen willkürlich in die Festsetzung der Tariflöhne ein" (S. 181). Diese Kritik Schachts ist wohl etwas einseitig. Aber er hat recht, wenn er S. 184 sagt, daß „bei gleichem Lohn keine Gleichheit der Arbeitsleistung gewährleistet wird."

4. Die Besteuerung privater Betriebe ist eine Lieblingsarbeit des Marxismus. Nach Schacht „ergibt sich bei Deutschland für das Jahr 1930 das Bild, daß bei einem auf 62 bis 65 Milliarden Reichsmark geschätzten Volkseinkommen rund 30 Milliarden Reichsmark an Steuern und sozialen Abgaben (Reich, Länder, Kommunen, Sozialversicherung) zu entrichten sind, das sind nicht weniger als 45 Prozent des gesamten Volkseinkommens" (S. 186).

„Dieses System hat nunmehr mit Sicherheit sein Ende gefunden" (S. 187).

Ry.

Noch einmal ein Wort für die Mütter.

Am 20. Mai dieses Jahres feiert die Westfälische Frauenhilfe in Dortmund ihr silbernes Jubiläum. Schon im Jahre 1897 wurde die erste evangelische Frauenhilfe in Berlin gegründet. Neun Jahre dauerte es, bis das Werk der Frauenhilfe auch in Westfalen aufgenommen wurde. Aber dann entwickelte sich die Westfälische Frauenhilfe unter zielsicherer, tüchtiger Leitung so kräftig und arbeitsfroh, daß es eine wahre Freude war. Heute gehören zu der Westfälischen Frauenhilfe 723 Vereine mit 160 000 Mitgliedern. Was diese Frauenhilfe in den 25 Jahren ihres Bestehens an Werken christlicher Liebe geleistet hat, läßt sich gar nicht sagen. Um nur eins zu erwähnen, die Westfälische Frauenhilfe ist es gewesen, die zuerst die Mütterfürsorge aufgenommen und immer weiter ausgebaut hat. Im Jahre 1929 hat sie 1450, im Jahre 1930 schon 1800 Frauen und Mütter in Kur- und Erholungsheime geschickt.

Viele arme ermattete und zusammenbrechende Mütter bedürfen jetzt dringend der Erholung. Sie sind bei der schlimmen Zeit völlig außerstande, die Kosten dafür aufzubringen. Darum bittet die Leitung der Westfälischen Frauenhilfe alle Sammler und Geber, so dringend und herzlich sie kann, sich für die Hauskollekte zum Besten der Mütterfürsorge recht einzusetzen. Der Ertrag soll eine Jubiläumsgabe für die Westfälische Frauenhilfe sein und wird für die Mütterfürsorge dienen. Der letzte Tag der Haussammlung ist der 18. Mai. Wer den geplagten Müttern hilft, hilft unserm armen Volke. — W.—s.

Polnischer Rechenschaft[illegible]icht.

„Die Beruhigung der Gemüter in vollem Umfange erreicht."

Der Rechenschaftsbericht, den die polnische Regierung über die Durchführung der Maßnahmen zur Sühne der polnischen Gewalttaten in Ostoberschlesien und im Interesse der Beruhigung des Landes dem Völkerbundsrat zu erstatten hat, liegt jetzt vor. Kennzeichnend für die Tendenz dieses Berichtes ist, daß er die Feststellung enthält, „die Beruhigung der Gemüter sei in vollem Umfange erreicht worden." Um noch ein übriges zu tun, habe der Wojewode für Schlesien im Verlaufe einer am 18. März abgehaltenen Konferenz alle Starosten auf die Notwendigkeit hingewiesen, der deutschen Minderheit einen „besonderen Schutz" angedeihen zu lassen. Die Polizei sei ähnlich instruiert worden. Wegen der Wahlausschreitungen habe der Staatsanwalt in 124 Fällen Klage erhoben. In 27 Fällen hätten Geschädigte „ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der Deutsche Volksbund sich ihrer Angelegenheit angenommen gehabt habe."

Frankreichs Gegenplan.

Veröffentlichung der neuen Vorschläge. — Für Präferenzzölle und internationale Kartelle.

Die französische Delegation hat sich endlich veranlaßt gesehen, ihre Gegenvorschläge zum österreichisch-deutschen Zolkvertrag bekanntzugeben. Eine Nachprüfung der Vorschläge ergibt, daß sie äußerst dürftig und von sehr zweifelhafter Wirkungsmöglichkeit sind. Trotzdem glaubt die Delegation in ihrem Dokument feststellen zu müssen, der österreichisch-deutsche Zollvertrag, „der gewissen internationalen Verpflichtungen widerspreche", sei nicht geeignet, „weder den Beteiligten noch Europa Vorteile zu bringen".

Als „praktischere" Maßnahmen schlagen die Franzosen Präferenzzölle für die Agrarstaaten und Verzugszölle für Industriestaaten vor. Empfohlen wird ferner der Ausbau der Kartelle, insbesondere für Textilien, Glas, Kohle, Getreide, Mais und Holz. „Es bestehe begründete Hoffnung, heißt es, daß die Organisierung eines europäischen Marktes durch Industrieabmachungen zum Abbau der Zollschranken führen würde." Weiter wird auf die Verhandlungen über die Schaffung eines internationalen Agrarkreditinstitutes hingewiesen. Frankreich sei zur Mitarbeit bereit. Oesterreich habe Anspruch auf Hilfe, am besten könne diese in Gestalt von Handelsvorteilen gewährt werden. Die Hauptkunden dieses Landes müßten durch gemeinsame Abmachungen Oesterreich Erleichterungen zur Entlastung seines Absatzmarktes zu gewähren.

Diese Vorschläge kranken daran, daß sie bei weitem nicht ausreichen, zum andern die Aussichten für ihre Ausführung sehr ungünstig sind. Zwang zur Durchführung der österreichisch-deutschen Zollunion bleibt damit bestehen.

„Ab nach Kassel!"

Eine Sonderfahrt ins Hessenland.

Als erster in der Reihe der planmäßig für dieses Jahr festgesetzten Verwaltungs-Sonderzüge der Reichsbahndirektion Hannover wurde am letzten Sonntag ein, oder vielmehr gleich zwei Züge nach Kassel-Wilhelmshöhe auf die Reise geschickt. Das Interesse für diese Fahrt war so stark, daß die Reichsbahn ihren ursprünglichen Plan aufgab und die beiden ab Minden und Bielefeld fahrenden Halbzüge nicht in Lage vereinigte, sondern als selbständige Züge (mit 19 bezw. 14 Wagen) direkt bis Kassel leitete. —

Grau in Grau und wenig verheißungsvoll blickte der Himmel, als der Bielefelder Zug, nachdem er noch das Häuflein der Unentwegten von Dissen-Rothenfelde aufgenommen hatte, fahrplanmäßig 5,17 Uhr mit etwa 700 Personen Bielefeld in der Richtung Oerlinghausen verließ. Auf den folgenden Stationen wurden noch vereinzelte „Außenseiter" aufgenommen. Gleich in Oldentrup bot sich den Reisenden ein ergötzliches Bild. Ein junges Paar, das es trotz aller Weckerkünste wohl nicht hatte „schaffen" können, kam mit einer Autodroschke auf den schon wieder anfahrenden Zug losgesteuert, um dann im nächsten Augenblick, als die Barriere Einhalt gebot, durch Gestikulieren und Rufen darzutun, daß man doch auch gerne noch mit möchte. Und wirklich: Zureden half! Während „Sie" weiter bemüht war, den Zug vollends zum Stehen zu bringen und dabei „wie auf heißen Kohlen" trippelte, zollte „Er" mit zitternden Händen dem Chauffeur den Tribut. Dann hatten sie bald „festen Boden" unter den Füßen. —

Weiter ging die Fahrt durch die abwechslungsreiche Landschaft. Das frische Grün der Wälder, die blumigen Wiesen und die kleinen Gehöfte, eingebettet in einen Kranz blühender Obstbäume, erfreuten das Auge. Mit der Warburg, die uns zwar wegen des Nebels nicht eines Blickes würdigte, war das Hessenland erreicht. Das Landschaftsbild wechselte: z. T. kahle Hänge, bestanden mit Wacholderbüschen und dem so schön weiß blühenden Schlehdorn.

In flottem Tempo ging es auf Kassel zu. Unter den Klängen einer zum Empfang herbeigeeilten Musikkapelle verließ alles den Bahnsteig, um sich nach seinem Führer umzusehen. —

Kassel mit seinen 174 000 Einwohnern liegt fast ganz in einer Hügelkette und wird durch die Fulda in die Alt- und die Neustadt getrennt. Als ehemalige Residenzstadt mit seinem schönen Schloß, wuchtigen Bauten, herrlichen Parkanlagen und breiten Straßen macht es einen sauberen und freundlichen Eindruck. Das Schloß ist bis zum Jahre 1868 von Friedrich Wilhelm I. von Nassau als letztem Regenten bewohnt gewesen. Die Gemäldegalerie weist die bedeutendste Rembrandtsammlung Europas auf.

König Jérôme (genannt König Lustig) ließ die Aue (jetzt Karlsaue) anlegen, die, unmittelbar am Staatstheater gelegen, schöne Parkanlagen mit exotischen Bäumen und Pflanzen aufweist, weiter die Insel „Siebenbergen" mit ihren wundervollen Blumenanlagen inmitten schöner Teiche. Auch ein kleiner Zoologischer Garten grenzt an die Anlagen. Das Ehrenmal der Stadt wurde besichtigt, ein schönes Denkmal, dem in Kassel vorherrschenden Terrassenbau angeglichen.

Nachmittags sahen wir den großen Festzug des ehemaligen Kasseler Art.-Rgts. Nr 11, das seinen Waffentag oder Regimentsappell abhielt. In schöner Fahrt, bei Sonnenschein und blauem Himmel, ging's dann mit der Straßenbahn zum Herkules. Vom wuchtigen Denkmal schweift der Blick hinunter auf das Schloß Wilhelmshöhe und weiter die schnurgerade Straße bis nach Kassel hinein. Bei klarem Wetter hat man eine Fernsicht weit über das Hessenland und bis nach Hann. Münden. Ein kahler Hang hebt sich besonders ab. Es ist der Dörnberg, das durch seine Segelflüge in jüngster Zeit berühmt gewordene Gelände des Kasseler Segelflugsports.

Nun springen die beiden Fontänen und um 3½ Uhr beginnt der Abstieg mit den Wassern. Gigantisch stürzen die Fluten von Stufe zu Stufe. Ein eigenartiger, wohl nicht häufiger Fall ist es, so viele Menschen — es mögen weit über 2 000 gewesen sein — vor sich oder rückwärts schauend auf den Treppen zu sehen. Die große Fontäne am Fuße der Kaskaden lassen wir noch einmal auf uns wirken, um dann durch die schönen Parkanlagen, an der Teufelsbrücke und am Schloß vorbeiwandernd uns einen Platz zu suchen, um auch den sich meldenden Magen zu seinem Recht kommen zu lassen.

Zurück nach Kassel hieß es dann. Bald wurde die Elektrische mit dem Dampfroß vertauscht und wir strebten, zurückdenkend an die schönen Stunden und die vielen empfangenen Eindrücke sichtend, der Heimat zu.

Fahrplanmäßig, nachdem er unterwegs all der „lästigen Ausländer" sich entledigt hatte, lief unser Zug um 23,20 Uhr wieder in Bielefeld ein.

Der Reichsbahn-Direktion sei zum Schlusse gedankt für die gute Organisation und Ausführung der Fahrt. Die überaus große Beteiligung mag ihr ein Beweis dafür sein, daß sie mit der 50- (bezw. 40-) prozentigen Fahrpreisermäßigung auf dem rechten Wege ist. Es wäre vielleicht auch zu erwägen, ob derartige, nicht allzu weit führende Fahrten bei der heutigen Wirtschaftslage vorzuziehen seien. Jedenfalls würde eine nochmalige Fahrt nach Kassel wieder „ein volles Haus" finden.

Die nächste Fahrt soll am 14. Juni nach Lügen gehen bei 40-prozentiger Ermäßigung, und zwar für 8 Tage.

W.

Die Wahlen in Oldenburg.

Das übliche Bild:

Erheblicher Gewinn der Nationalsozialisten — Verlust der Sozialdemokraten.

— **Oldenburg**, den 18. Mai. In Oldenburg fanden am gestrigen Sonntag Landtagswahlen statt, die im ganzen Lande ruhig verliefen und eine Beteiligung von 85 v. H. ergaben. Das Wahlergebnis läßt eine **beträchtliche Zunahme der Nationalsozialisten** und eine **Abnahme der Sozialisten** erkennen.

Im einzelnen haben erhalten:	1931	(1928)
D.V.P.	1	
D.N.V.P.	2	
(1928 gingen beide Parteien zusammen		5)
S.P.D.	11	(15)
Staatspartei	1	(5)
Nationalsozialisten	19	(3)
K.P.D.	3	(1)
Wirtschaftspartei	0	(1)
Landvolk	1	(3)
Weyand	1	(0)
Zentrum	9	(9)

Die Ziffern in Klammer bezeichnen die Mandate im letzten Landtag.

*

Das amtliche Ergebnis

aus dem gesamten Freistaatgebiet Oldenburg.

— **Oldenburg**, 18. Mai.

	Stimmen	Sitze
Deutsche Volkspartei	5598	1 in Oldenburg
Weyand	5194	1 in Birkenfeld
S.P.D.	54878	9 in Oldenburg, 1 in Birkenfeld, 1 in Lübeck, zusammen 11
Deutsche Staatspartei	8513	1
Nationalsozialisten	97778	16 in Oldenburg, 2 in Lübeck, 1 in Birkenfeld, zus. 19
Kommunisten	18935	3
Wirtschaftspartei	4274	0
Oldenb. Landvolk	5403	1
Christl.-soz. Volksdienst	**2924**	**0**
Oldenburg. Zentrum	46192	8 in Oldenburg, 1 in Birkenfeld, zus. 9
Deutschnationale	12689	2

Die Danziger Kreistagswahlen.

— **Danzig**, 18. Mai. Am Sonntag fanden in den drei Danziger Landkreisen bei einer Wahlbeteiligung bis zu 80 v. H. die Wahlen zu den Kreistagen statt. Gegenüber den Wahlergebnissen vom November 1930 brachten die Kreistagswahlen ein weiteres Anschwellen der Nationalsozialistischen Stimmen, während alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger Verluste erlitten, die bei dem Block der nationalen Parteien (Liberale Parteien) bis über 50 v. H. ausmachen. Von den marxistischen Parteien haben die Sozialdemokraten geringe Zunahmen aufzuweisen, während die Kommunisten Verluste verzeichnen mußten.

In zahlreichen Ortschaften kam es zu blutigen Zusammenstößen. In Mierau wurde bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Arbeiterschutzbündlern ein Mann sehr schwer verletzt. In Neuteich überfielen etwa 400 Arbeiterschutzbündler 30 Nationalsozialisten mit Eisenstangen und Stöcken, wobei sechs Nationalsozialisten zum Teil schwer verletzt wurden. In Kahlbude wurde das Auto der Nationalsozialistischen Gauleitung beschossen und mit Steinen beworfen. Dabei erlitt der bayerische Landtagsabgeordnete Wahl durch einen Steinwurf eine schwere Schienbeinverletzung.

Angriff auf die Sozialversicherung

Abbau der Sozialversicherung um 10 v. H.? — Neue Gehaltskürzung.

— **Berlin**, 18. Mai. Wie die „Berl. Montagspost" von zuverlässiger Seite erfahren haben will, plant die Reichsregierung durch Notverordnung die Leistungen der Sozialversicherung etwa um 10 v. H. abzubauen. Weiter soll in Zukunft die Krisenfürsorge fortfallen, so daß nach dem Ablauf der Zahlungen durch die Erwerbslosenfürsorge die Arbeitslosen den Gemeinden zur Last fielen. Zum Ausgleich sollten die Gemeinden erhöhte Steuerüberweisungen erhalten. Auch ein neuer Abbau der Beamtengehälter werde geplant. Nur über die Höhe, in der der Abbau vorgenommen werden solle, sei sich das Kabinett noch nicht einig.

250 Jahre Kolonialpolitik.

Zur Erinnerung an die Erwerbung der ersten deutschen Kolonie.

Als vor mehr denn 250 Jahren der reiche Mynheer Bloek aus Amsterdam seinen stattlichen Dreimaster „Morian" vom Stapel ließ, hätte er es sich gewiß nicht träumen lassen, daß er einige Jahre später an Bord dieses Schiffes als brandenburgischer Schiffshauptmann mit einigen Negerhäuptlingen einen Vertrag schließen sollte, durch den Kurbrandenburg seine erste Kolonie gewinnen und damit den Grundstein zu der ruhmreichen deutschen Kolonialgeschichte legen sollte.

Es war der Große Kurfürst, der damals als einziger unter den deutschen Fürsten die Bedeutung des alten Hansa-Satzes: „Seefahrt tut not" richtig erkannt hatte, ganz besonders nach seinem längeren Aufenthalt in Holland. Er ließ durch Agenten in Holland einige geeignete Schiffe suchen zur Betreibung eines Tauschhandels an der afrikanischen Küste, und Mynheer Bloek stellte ihm seine „Morian" zu diesem Zwecke zur Verfügung. Der Handel kam zustande, und der Große Kurfürst erwarb nicht nur die „Morian", sondern noch einen zweiten Dreimaster dazu die „Wappen von Brandenburg". Die Schiffe wurden beide zu Fregatten umgetakelt und mit 10 oder 12 Geschützen versehen. Sie begannen, nachdem je 20 brandenburgische Soldaten eingeschifft waren, unter Bloeks Kommando und mit der kurbrandenburgischen Flagge im Großtopp, um die Mitte der September 1680 ihre weite Reise nach der afrikanischen Goldküste.

Am Silvestertag des gleichen Jahres noch gelangten beide Schiffe wohlbehalten am Kap Drei Spitzen der Guinea-Küste an. Sofort wurde mit der Errichtung zweier Forts: „Castel Arguin" und „Castel Akkoda" begonnen. Die Forts wurden gut befestigt und von den brandenburgischen Soldaten besetzt. Der Handel kam in Gang; die Neger stellten sich freundlich und füllten die Räume beider Schiffe mit wertvollen Erzeugnissen Afrikas.

Erst am 16. August 1681 erfolgte die Rückkehr der Schiffe nach Glückstadt a. d. Elbe, aber nicht ohne daß zuvor Mitte Mai an Bord der „Morian" ein Vertrag zwischen drei Stammesführern und dem Leiter der Expedition zustande gekommen war, worin sich die Eingeborenen verpflichteten, den Kurfürsten von Brandenburg als ihren Herrn anzuerkennen und nur mit brandenburgischen Kaufleuten und Schiffen Handel zu treiben! Damit war die erste deutsche Kolonie gegründet.

Im März des Jahres 1682 folgte die Gründung der „Afrikanischen Kompagnie", und wieder schickte der Große Kurfürst zwei Schiffe hinaus, diesmal „Morian" und „Kurprinz" unter den Führern Bloek und Voß. Im Verlaufe dieser Expedition wurde „Groß-Friedrichsburg" gegründet und unter Leitung des Kammerherrn von der Gröben befestigt. Leider geriet die „Afrikanische Kompagnie" bald nach dem Ableben des Großen Kurfürsten in finanzielle Schwierigkeiten, welche zum großen Teil veranlaßt waren durch Eifersüchteleien der Holländer und Engländer. Ein holländischer Schiffsführer hatte sogar versucht, Groß-Friedrichsburg mit Gewalt zu nehmen, war damit aber an der tapferen Gegenwehr der brandenburgischen Soldaten gescheitert. Trotzalledem konnte sich die brandenburgische Kolonie unter dem Nachfolger des Großen Kurfürsten nicht halten. Am 13. August 1720 wurden die Forts Groß-Friedrichsburg, Akkoda und Arguin, für 6000 Dukaten an Holland verkauft.

Die „Morian" aber hatte bereits auf der dritten Rückreise im Jahre 1694 an der spanischen Küste das Schicksal ereilt. Dort war sie ganz unerwartet von mehreren spanischen Kriegsschiffen angegriffen und im Laufe dieses für das deutsche Schiff aussichtslosen Gefechtes nach tapferster Gegenwehr von der eigenen Besatzung in die Luft gesprengt worden! Tapfer starb die Mannschaft den Seemannstod. Die beiden letzten Kanonen von Groß-Friedrichsburg stehen noch heute vor der Polizeiwache der Stadt Emden, der einstigen Station der „Afrikanischen Kompagnie" und des Heimathafen der „Morian".

In den Stolz über die erste deutsche Kolonialgroßtat mischt sich heute Trauer um den Verlust der deutschen Kolonialländer. Unter heuchlerischem Vorwande haben uns die Westmächte im Siegerwahn der Versailler Konferenz die Kolonien geraubt und sie als Mandatsgebiete ihrer Herrschaft unterworfen. Wir sind der festen Zuversicht, daß die Zeit dieser Auftragsverwaltung bald ihrem Ende entgegengehen und Deutschland auch die Kolonialgebiete zurückerhalten wird, die deutsche Kulturpioniere urbar gemacht haben. Wie in den voraufgegangenen 250 Jahren Deutschland selbst die schlimmsten Schläge wieder überwunden hat, so werden wir auch der Not der Gegenwart Herr werden. Und, in diesem Sinne feiern wir heute den 250. Jahrestag der Erwerbung der ersten deutschen Kolonie.

Frankreichs letzte Zuflucht: — die Gewalt

Briand droht in Genf.

— Genf, 18. Mai.

Unter erstmaliger Teilnahme von Delegierten Rußlands, Islands, der Türkei und der Stadt Danzig setzte der Europa-Ausschuß des Völkerbundes seine Verhandlungen mit der Beratung wirtschaftlicher Fragen fort. Nachdem Briand als Vorsitzender des Ausschusses die neuen Mitglieder begrüßt hatte, nahm als erster Redner Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort.

Minister Dr. Curtius betonte zunächst die Notwendigkeit, die Hauptursachen der Krisis, insbesondere ihre europäischen Erscheinungsformen, klarzustellen und stellte dabei mit Nachdruck fest, daß kein Land so an der Sanierung des gesamteuropäischen Körpers interessiert ist, wie das in der Mitte Europas gelegene Deutschland, das von allen Strömungen am leichtesten getroffen wird. Deutschland fasse gegenwärtig seine letzte Kraft im Innern zusammen, um sich möglichst selbst zu sanieren, gleichzeitig stehe Deutschland aber auch in der vordersten Front derer, die sich die Lösung der gesamteuropäischen Krise zur Aufgabe gemacht hätten.

Gerade aus dieser Erwägung heraus sei der Antrag der deutschen Regierung hervorgegangen, hier einmal die gegenwärtige Lage Europas, wie sie durch die bestehenden Zollverhältnisse und durch den Mißerfolg der bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete entstanden ist, zu prüfen.

Minister Dr. Curtius legte sodann die unerfreulichen Zollverhältnisse in Europa dar, wie sie dadurch bedingt sind, daß nach dem Weltkriege

13 neue Währungen,

neun neue Wirtschaftsgebiete und 20 000 Kilometer neue Zollgrenzen entstanden sind. Danach kritisierte Dr. Curtius den geringen Erfolg der bisherigen, unter den Auspizien des Völkerbundes veranstalteten Wirtschaftskonferenzen. Er betonte, daß gerade in der Frage des internationalen Güteraustausches und hauptsächlich bei Zollfragen die mehrseitigen Verhandlungen immer wieder gescheitert sind. Deshalb sei es notwendig, daß unter den heutigen Verhältnissen die Methode des Aufbaues von unten her durch regionale Verständigung, durch zweiseitige Verhandlung beginne.

„Diese zweite Methode — so fuhr Minister Dr. Curtius fort —, die ich als ein Fortschreiten vom Einzelnen zum Ganzen, als den Aufbau von unten her bezeichnen möchte, muß mit Vereinbarungen zu zweien oder wenigstens einer ganz kleinen Gruppe beginnen, um zu einem ersten Erfolg zu führen. Auch solche Vereinbarungen müssen natürlich von vornherein die Tendenz zur Verallgemeinerung tragen, sei es, daß zwischen anderen Staatengruppen ähnliche Vereinbarungen getroffen werden, sei es, daß im Laufe der Zeit andere Staaten sich bereits vorhandenen Gruppen anschließen. So wird auch der Aufbau von unten her im Laufe der Zeit zur wirtschaftlichen Vereinheitlichung Europas beitragen. Zum mindesten wird an Stelle der jetzigen bilateralen Vielheit von Wirtschaftsgebieten zunächst einmal eine kleinere Zahl von größeren wirtschaftlichen Gruppen treten. Dieser Plan bilateraler oder regionaler Vereinbarungen zur Abhilfe der vorhandenen wirtschaftlichen Uebelstände Europas führt zwangsläufig zu Zollunionen."

Der Gedanke regionaler Verständigung und der Plan der Zollunionen hatten deshalb wachsende Bedeutung erlangt. Dr. Curtius verwies auf die Bemühungen Estlands und Lettlands, Jugoslawiens und Rumäniens. Auch auf dem Gebiete der früheren Donaumonarchie sei immer wieder davon die Rede gewesen, und nicht die Einflußlosesten arbeiteten seit Jahr und Tag an dem großen Plan, zwischen Deutschland und Frankreich eine Zollunion mit der Tendenz weiterer Ausdehnung zu schaffen.

Dr. Curtius erklärte sich bei dieser Gelegenheit bereit, mit jedem Lande, sei es groß oder klein, gleichfalls in einen Gedankenaustausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten und machte dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden. Er sprach schließlich die dringende Bitte aus, diese Aufforderung ernst zu prüfen. Er betonte außerdem, daß er bereit wäre, an allen Vorschlägen und Anregungen mitzuarbeiten, die zur Wiedergesundung Deutschlands und Europas beizutragen geeignet wären.

Redekampf Briand—Curtius.

Als Reichsaußenminister Dr. Curtius seine Ausführungen beendet hatte, erhob sich sogleich Briand. Gleich seine ersten Sätze zeigten, daß er für die praktischen Hinweise zur Besserung der europäischen Lage kein Verständnis hatte. Briand gab sich überhaupt keine Mühe, den deutschen Standpunkt zu widerlegen, sondern er meinte einfach, die Hauptursache der Krise sei lediglich „die Regellosigkeit der Produktion und des Güteraustausches. Unter den gegenwärtigen Umständen dürfe nichts geschehen, was Beunruhigung erwecke und Unbehagen auslöse. Wenn Dr. Curtius einzelne Unionen anstrebe, dann könne er das nur tun, wenn auf das Zustandekommen einer allgemeinen Einigung nicht mehr zu hoffen sei. Gegenwärtig aber, so versuchte Briand den Anschein zu erwecken, „sei noch nicht einmal ein Versuch nach dieser Richtung hin gemacht worden. Vielleicht habe man das Ziel nur zu weit gesteckt. Auf jeden Fall werde die französische Regierung neue, konkrete Vorschläge machen.

Er sei bereit, alle Systeme zuzulassen, aber diejenigen, die durch die Verträge und die internationalen Abkommen nicht erlaubt seien, werde man besser nicht vorschlagen."

Reichsaußenminister Dr. Curtius erwiderte, daß er in seiner heutigen Rede die deutsch-österreichische Zoll-Union nur erwähnt habe, ausführlich darauf eingehen werde er am Montag im Völkerbundsrat und dann darlegen daß Deutschland auf dem Standpunkt steht, daß es sich im Rahmen der Verträge gehalten hat. Im Europa-Ausschuß stehe schließlich nur die allgemeine Frage der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit von Zollunionen zur Erörterung.

*

Kaum je ist der ungeheuere Gegensatz zwischen den Vertretern des wirksamen und dauerhaften Friedensgedankens, die eine erträgliche Lage in Europa schaffen wollen, und den Vertretern brutalen Verharrens in dem durch die Friedensverträge entstandenen unerträglichen Zustand schärfer zutage getreten, als in der Generaldebatte über die Wirtschaftskrise. Briand hat ganz unverhüllt das Machtprinzip als unabänderliches Gesetz propagiert! Und als Curtius von der Notwendigkeit sprach, Europa von unten her mit Hilfe von Zollunionen wirtschaftlich neu aufzubauen, da setzte ihm Briand ein ganz schroffes „Nein" entgegen und sagte rücksichtslos: „Das ist nach den internationalen Verträgen unzulässig."

Diese Haltung Briands berührt um so eigenartiger, als er nicht nur wegen seiner augenblicklichen persönlichen Lage, sondern zumindest als Präsident des Europa-Ausschusses zu einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet gewesen wäre. Man hatte fast den Eindruck, als wollte Briand seiner schlechten Laune über die mißglückte Präsidentenwahl von Versailles Luft machen und zeigen, wieviel sein Veto noch gelten könnte.

Schon die Rücksicht darauf, daß heute die Delegierten Rußlands, der Türkei, Danzigs und Islands zum ersten Male an der Sitzung des Europa-Ausschusses teilnahmen, hätte ihm ein so lautes Pochen auf die französische Gewaltpolitik verbieten müssen. Uebrigens behandelte Briand diese neuen Mitglieder nicht sehr höflich. Er sprach zwar einige freundliche Begrüßungsworte, aber als dann Litwinow danken wollte, übersah Briand einfach die erhobene Hand des russischen Außenministers und erteilte Curtius das Wort.

Im übrigen scheint Briand das Feld bereits für seinen Nachfolger vorzubereiten. Es wäre sonst undenkbar, daß er so ungewohnt schroff von der „Unzulässigkeit" der deutsch-österreichischen Pläne gesprochen hätte. Zum ersten Male hielt er es nicht mehr für nötig, den Friedensapostel zu spielen und entlarvte sich selbst. Er sprach nicht mehr mit seinen großen Worten von der Friedensliebe Frankreichs, um dahinter machtpolitische Ideen zu verbergen, sondern er sprach brutal über eine brutale Politik.

•

Schober und Curtius bleiben fest.

Die Verschiebung auf das politische Gebiet.

Genf, 18. Mai. Die deutsche Delegation gibt zu der durch die Ueberreichung des französischen Memorandums geschaffenen Lage eine amtliche Mitteilung heraus, nach der man in den Kreisen der deutschen Delegation von den Argumenten der französischen Denkschrift nicht überrascht ist. Sie könne den Standpunkt der deutschen und der österreichischen Regierung in keiner Weise erschüttern. Das französische Memorandum verschiebt die Erörterung der Fragen aus der juristischen in die politische und wirtschaftliche Sphäre, deren Erörterung der englische Antrag dem Völkerbundsrat ersparen wollte. Die deutsche und österreichische Regierung haben bei Abfassung des Wiener Protokolls am 19. März 1931 sich gewissenhaft alle Bestimmungen der geltenden Verträge vor Augen gehalten und sie in jeder Hinsicht respektiert. Es ist unverständlich, wie daraus Angriffe gegen die beiden Regierungen abgeleitet werden können. Auf die juristischen Argumente im einzelnen einzugehen, wird die Ratssitzung am Montag Gelegenheit bieten. Die Rechtslage ist völlig klar.

Französischer Druck auf Rumänien.

Zwei Noten Briands.

Wie die „Kölnische Zeitung" aus Bukarest erfährt, lastet mehr denn je auf Bukarest ein französischer Druck, der eine Wirtschaftsannäherung zwischen Rumänien und Deutschland hintertreiben soll. In einer Note habe Briand Rumänien eine Reihe wirtschaftlicher Vorschläge unterbreitet, die alle den Zweck hätten, Rumänien von dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock loszureißen. Diese Note Briands scheine aber in Bukarest nicht die gewünschte Wirkung gehabt zu haben. Unter dem Druck der Lebensnotwendigkeit der rumänischen Wirtschaft hätte sich Rumänien genötigt gesehen, in Berlin die baldige Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland zu verlangen. Briand habe daraufhin eine zweite Note nach Bukarest gerichtet, worin er deutlich zu verstehen gab, daß auch eine nur wirtschaftliche Orientierung, die Rumänien ohne vorherige Billigung durch den Völkerbund einginge, die europäischen Weststaaten sehr verstimmen müsse.

„Zweiter Lohnabbau untragbar"

Eine Erklärung Stegerwalds.

Reichsarbeitsminister Stegerwald empfing Gewerkschaftsvertreter aller drei Richtungen aus Sachsen, die die Wirtschafts- und Lohnlage in Sachsen von ihrem Standpunkt aus darlegten.

Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß weder er noch der Reichskanzler den sächsischen Unternehmern irgend welche Zusagen zu einem besonderen Abbau der Löhne gemacht hätten. Er halte einen zweiten allgemeinen Lohnabbau aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar.

Ob etwa in einzelnen Industrien des Bezirks auf Grund besonders ungünstiger Verhältnisse noch ein Lohnabbau nötig sei, müsse von Fall zu Fall in Einzelverhandlungen geprüft werden.

— In Essen rammte ein Güterzug eine Rangierlokomotive: der Heizer und der Lokomotivführer wurden getötet.

Neue Brandkatastrophen in Japan.

Panik bei einem Kinobrand.

— Tokio, 18. Mai.

Zwei neue Großfeuer haben in Japan gewütet, das eine in Niigata, wo 70 Häuser zerstört und neun Feuerwehrleute ernsthaft und zwölf leicht verletzt worden sind. Das andere brach während des Seidenmarktes in Kanokomachi aus. Vierzehn Personen sind in den Flammen ums Leben gekommen; 30 Schwer- und 150 Leichtverletzte sind zu beklagen. Das Feuer entstand in einem Lichtspielhaus während der Vorstellung, der rund 800 Personen, und zwar zumeist Frauen und Kinder, beiwohnten. Es brach eine Panik aus, bei der viele zu Boden getreten wurden.

Verschiedenes.

— **Dortmund. Auszeichnung.** Auf der vom 24. 4. bis 3. 5. dieses Jahres stattgefundenen 7. Westfälischen Gastwirtsmesse in Dortmund wurde auch in diesem Jahre den bekannten Mielewerken Aktiengesellschaft in Gütersloh für hervorragende Leistungen die Goldene Medaille zuerkannt. Von der Firma waren auf der Ausstellung insbesondere Elektro-Waschmaschinen, Waschanlagen, Waschkessel, Wäscheschleudern, Wäschemangeln, Geschirrspülmaschinen und Staubsauger ausgestellt.

15. Neulandtag in Eisenach vom 23. bis 30. Mai 1931. In diesem Jahre findet zum 15. Male die große Jahrestagung in Eisenach im Neulandhaus statt. Das Gesamtthema ist: **Erneuertes Christsein im Geisteskampf der Gegenwart.** Die Neulandtagung will versuchen, klärend zu arbeiten. Die Tagung soll eine Auseinandersetzung mit den religiösen Geistesströmungen der Zeit bringen. Als Redner sind gewonnen: der bekannte Dr. Clauß, der die Bücher über die Edda und „Von Antlitz und Seele der Rassen und Völker" schrieb. Dr. Clauß kommt gerade von einer Orientreise zurück, die er studienhalber unternahm und bringt sicher viel Neues und Interessantes. Außerdem sprechen der Alttestamentler Professor Herm. Hoffmann, Hildesheim, Pfarrer Meincke aus Sonneberg und die bekannte Führerin der Neulandbewegung, Guida Diehl. — An den Abenden hört man über deutsche Not im Grenz- und Ausland, auch ist künstlerische Abendmusik und ein Festabend vorgesehen, der die Darbietungen eines Wagner-Dramas in freier Rezitation des Wagner-Inprätanden Gotthard Meincke bringen wird.

Die Kosten der Tagung sind gering: man kann 8 Tage lang für 20.— oder 25.— Mark im Neulandhaus wohnen bei voller Verpflegung. Alle Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an das Neulandhaus in Eisenach.

Volksorganische Tagung. Berthold Otto bittet seine Freunde zur „6. Volksorganischen Tagung" nach Weimar (Gasthaus „Zur Erholung", am Karlsplatz). Und zwar wird am 26. 5 der Begrüßungsabend um 7 Uhr sein, wo Berthold Otto selbst die Begrüßungsansprache hält. Für die beiden Tage ist folgendes Programm vorgesehen:

Mittwoch, den 27. Mai, vorm. 9 Uhr Tagung des „Vereins für Berthold Ottos Pädagogik".

1. Studienrat Dr. Muth: „Berthold Otto und die deutsche Erziehung".

2. Direktor Otto Petras: „Korreferat". (Anschließend Diskussion.)

Donnerstag, den 27. Mai, vorm. 8 Uhr: Tagung des „Bundes für inneren Frieden",

1. Pfarrer Georg Kerner: „Kampf ums Dasein oder innerer Friede".

2. Oberpfarrer Telle: „Dorf und Kleinstadt in volksorganischer Beleuchtung". (Anschließend Diskussion.)

Freizeit für Pfarrer! In den Tagen vom 8. Juni (Anreisetag) bis zum 19. Juni (Abreisetag) wird im Diakonissen-Mutterhause „Hebron" zu Marburg/Lahn-Wehrda eine Freizeit für Pfarrer stattfinden. Dabei werden sprechen: Pfarrer Dietrich, Gunzenhausen i. B., über das Thema: „Ein Priester und Prophet nach dem Herzen Gottes" und Volksmissionar Dr. Berg, Neustrelitz, über 8 verschiedene Themata. Pensionspreis pro Tag 3,— Mk. Anmeldungen werden bis zum 3. Juni erbeten an das Diakonissen-Mutterhaus „Hebron", Marburg/Lahn-Wehrda.

Die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Münster zählt in diesem Semester (vorläufiges Ergebnis): 293 Studierende, darunter 21 Frauen, gegen 218 im Sommer-Semester 1930, sie stieg um 75 Studierende (= 34,4 Prozent). In der gleichen Zeit stieg die katholisch-theologische Fakultät von 393 auf 456 Studierende d. h. um 63 (= 16 Prozent). Das Verhältnis der beiden Fakultäten hat sich von 1 : 1,8 in 1 : 1,56 verändert.

Quittung.

Für Heimathaus und Heimathilfe gingen weiterhin ein:

Dr. K. T. in B. 50,—; Th. J. in W. 1,50; A. A. in W. 2,—; C. S. in H. 4,—; D. Dr. M. in S. 30,—; M. v. B. u. K. v. D. in B.-L. 5,—; Schw. L. St. in B. 3,—; Frau Past. W. in D.-K. 5,— Mgbtr.; J. R. in E.-K. 5,—; M. H. in D. 25,—; E. S. in Z. bei Z. 5,—; Frl. A. W. in H. 2,—; E. Z. in B.-W. 2,—; Frl. L. K. in L. 10,—; O. E. in R. 5,—; P. B in Sch. 5,— Mgbrt.; P. P. in K. 2,—; P. W. in C. 3,—; Past. J. R. in J. 5,—; Frl. M. S. in W. 2,—; R. Sp. in D. 5,—; Dr. Th. L. in R. 10,—; H. D. in St. 7,50; Studiendirekt. B. in W. 5,—; Schneiderm. R. in B. 5,—; Direkt. H in H. 5,—; Frl. B. L. in St. 3,—; Herr Sch. in St. 10,—; Sekr. Z. in E. 3,—; v. Sch. in U. 3,—; M. R. in R. 2,—; Stadtvikar K. in K. 4,—; Pf. K. in S. 2,—; Lehrer a. D. G. E. in J. 5,—; Schw. A. B. in G. 2,—; Lehrerin Frl. R. in Z. 3,—; A. K. in H. 10,— Pf. S. B. in B. 10,—; Frau von St. in R. 5,—; Sch M. evgl. Kkh. in H. 5,—; Frau M. in W. 10,—; L. D. L. 5,—; B. H. in D. 10,—; E. F. K. in M. 5,—; F. R. Vikar in T. 5,—; H. F. in J. 13,—; Kfm. W. Sch. in B. 5,—; M. T. in W. 15,—; Konrekt. H. G. in F. 11,—; H. E. in M. 5,—; A. B. in B.-B. 28,—; R. K. in St. 16,— J. P. in S. 5,— Mgbtrg.; F. und Sch. St. 4,65; P. und G. St. 9,60; A. L. in B. 2,—; Pf. B. in A. 3,—; Past. H. M. in G. 5,—; R. R. in B. 5,—; Direktor B. in St. 1,70 Sammelbüchse; Schw. J. Sch. in B. 5,—; Frl. A. W. in M. 0,85; insgesamt bisher RM 3 095,24.

Allen lieben Heimathelfern danken von Herzen

Bethel und Dünne, den 7. Mai 1931

F. und G. v. Bodelschwingh

Postscheckkonto G. v. B. Dünne: Hannover Nr. 48273.

Bethel.

— **Christl. Verein junger Männer.**

Heute 8,15 Uhr in „Ephrata" Männerchor.

— **Frauenhilfe:** Mittwoch, den 20. Mai, 3.30 Uhr nachmittags im Jungfrauensaal des Assapheums.

J. V. Frau Pastor Brandt.

— Am kommenden **Mittwoch, den 20. Mai,** zeigen wir im Assapheum 2 Lehrfilme.

1. **Simba, der König der Tiere.**
2. **Turksib.**

Der erste Film führt uns in den dunklen Erdteil und zeigt uns noch nie gesehene Aufnahmen aus den Steppen Ostafrikas.

Turksib ist ein russischer Film. Wie bekannt, stehen die Russen in der Filmtechnik an erster Stelle. Auch an diesem Film können wir das sehen.

Die Veranstaltungen finden statt:
um 2 Uhr für die Insassen der Frauenhäuser,
um ½5 Uhr für die Insassen der Männerhäuser,
abends ½8 Uhr für jedermann.

Karten von Dienstag an bei den bekannten Stellen. Diesmal geben wir eine Anzahl nummerierter Karten aus. Preise der Plätze: 60 Pfg. und 30 Pfg. für Jugendliche im Vorverkauf. Nummerierter Platz 75 Pfg. An der Abendkasse —,75, —,40 und 1,— RM.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Gestern abend starb im Krankenhaus Gilead nach langem, schwerem Leiden im 69. Lebensjahre unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Herr

August Mülot

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Luise Jüngst
geb. Mülot

Bielefeld, den 16. Mai 1931.
Hallerweg 20

Die Trauerfeier findet am Montag, den 18. Mai 1931, um 3 Uhr in der Friedhofskapelle Bethel vor der Ueberführung zum Heimatort Haiger (Dillkreis) statt.

Die Beerdigung in Haiger (Dillkreis) findet Mittwoch Nachmittag statt.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Nordsee
Erholungsaufenthalt
zu günstigen Bedingungen für
Erwachsene und Kinder
Illustrierte Prospekte.
Gemeindevorsteher Paulsen, Amrum-Norddorf.

Total-Ausverkauf
Gotthold Schmidt
Herausgeber der Plakatmission
Glaubenshindernisse und ihre Ueberwindung
90 Seiten stark nur noch 50 Pfg.
Zum Verteilen wie geschaffen! Ein Buch, auf positiv christlichem Grund!
Dienst am Volk, Schwenningen a. N.



Haus Friedrich
Christliches Erholungsheim
nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer
August Friedrich und Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

Kaufmann, verheiratet, seither selbständig, sucht
Vertretung
für seriöses Haus, für Baden evtl. Württ., Wohnsitz Oberbaden. Angebote unter A 1550 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Landwirtstochter, 25 J. alt, sucht
Stellung
als Stütze in einem entsch. christl. Haush. Mit allen Hausarbeiten vertraut. Koch- und Nähkenntnisse vorhanden. Bielefeld, Bethel und Umgebung bevorzugt. Angebote unter A 1562 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Vogelsberg i. Hess.
Bibelheim Flensungerhof
Station Mücke in Hessen
Zur Erholung empfohlen
Prospekte auf Verlangen

Kleine christliche
Privat-Pension
Otto Roth
Luftkurort Auerbach a. d. B.
Villa, Garten. Sonnige Lage. Liegehalle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause. Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—
Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.

Am 15. Mai entschlief sanft nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Buchhalter

Herr

August Mülot

Er hat der Anstalt 20 Jahre in vorbildlicher Weise gedient. Wir danken ihm für seine stille, fleißige, gewissenhafte Arbeit und bewahren ihm ein treues Gedenken.

Landwirtschaftliche Abteilung der Anstalt Bethel

Knoblauchzwiebelsaft
ist ein **hochwertiges Naturmittel** und besitzt die Eigenschaft den **erhöhten Blutdruck herabzusetzen,** daher äußerst wirksam gegen **Arterienverkalkung** und **Hämorrhoiden,** gut gegen **Magen-** und **Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen-** und **Leberbeschwerden, Würmer,** bei **Zucker, Gicht, Rheumatismus** und **Asthma** sehr zu empfehlen. Schon vor **3000 Jahren** gebrauchten die **oriental. Völker** den **Knoblauchsaft** gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. **Preis pro Flasche** für ca. 4 Wochen reichend **Mk. 3.50.** Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen, liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.
Otto Kadatz, Bad Oeynhausen 4.